

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreise: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark wöchentlich, 12,00 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,75 Mark, bei Postbestellung 3,00 Mark. Wochensubskriptionen 15 Pfennig. Ferner werden unter Umständen auch Einzelhefte abgegeben. In Halle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Erfüllung des Bezugsvertrages. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Posta befreit.



Angewandte: die 2. und 3. Klasse 30 Pfennig, die 1. Klasse 40 Pfennig. Nachmittagsausgabe 20 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch den Verleger abgegebenen Nachrichten nicht verantwortlich. Ferner ist die Redaktion nicht für die Richtigkeit der durch den Verleger abgegebenen Nachrichten verantwortlich. Ferner ist die Redaktion nicht für die Richtigkeit der durch den Verleger abgegebenen Nachrichten verantwortlich.

Nr. 25 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch 30. Januar 1924

## Freigabe der Ruhr gegen eine internationale deutsche Anleihe?

### Vermeidung des Bruchs zwischen England und Frankreich.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 29. Jan. Gestern Abend fand eine Unterredung zwischen französischen Ministern und dem belgischen Außenminister Jaspar statt über die Neuorientierung in der Ruhrfrage. Hierzu wird geschrieben: Heute erscheint die Idee einer Freigabe der Ruhr gegen die Aufnahme einer internationalen Anleihe durch Deutschland zur Begleichung der französischen und belgischen Reparationsforderungen möglich. Einer solchen Lösung würde auch die englische Arbeiterpartei zustimmen, so daß ein Bruch zwischen England und Frankreich vermieden werden könnte. Die Ruhrfrage sei nicht nur durch den englischen Regierungswechsel, sondern auch durch die Tätigkeit der ersten Sachverständigenkommission brennend geworden, die sich darüber einig sei, daß Deutschland über Einkünfte aus dem Ruhrgebiet verfüge, die eine Sicherung für eine Anleihe bieten.

### Jaspar erstattet Bericht.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 29. Jan. Jaspar ist gestern nachmittags um 3 Uhr in Brüssel wieder eingetroffen und hat in der Kabinettsitzung seinen Ministerkollegen Bericht erstattet über seine Pariser Gespräche mit Poincaré. In Pariser Regierungskreisen beobachtet man über den Inhalt der Gespräche zwischen Jaspar und Poincaré nach wie vor Stillschweigen. Nachrichten aus englischen Quellen besagen, daß Poincaré und Jaspar ausschließlich zu der Frage der besetzten Gebiete Stellung genommen haben. Man versichert, daß Poincaré und Jaspar nach dem Ablauf der 14 Tage, während denen Macdonald, wie bereits gemeldet, seine diplomatische Aktion vorbereitet, eine neue Zusammenkunft haben werden.

### Pressefeindschaft des Generals de Meig

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Frankfurt, 29. Jan. General de Meig hat eine Abordnung der Pfälzer Presse, die ihn ersuchen wollte, die Freiheit der Presse wieder herzustellen, nicht empfangen. Die Delegation reichte darauf ihre Beschwerden schriftlich ein.

### Prüfung der Großbanken-Bilanzen durch den 2. Sachverständigenausschuß.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 29. Jan. Dem zweiten Sachverständigenausschuß wird die Absicht zugeschrieben, bei der deutschen Regierung um die Genehmigung zur Prüfung der Bilanzen einiger deutscher Großbanken nachzusuchen, um einmal gewisse Unterlagen für die Beurteilung der deutschen Kreditfähigkeit im Ausland zu bekommen. Eine Bestätigung dieser Informationen steht noch aus.

### Der gute Wille allein tut's nicht!

Kamraj Macdonald, der neue britische Ministerpräsident, ist ein vornehmer Mann. Er hält zwar schöne Reden über noch schönere, fast sagenhaft gewordene Dinge, wie Völkerverständigung und eine vernünftige Behandlung des Reparationsproblems; aber wenn er diesen Dingen nun näher auf den Leib rückt, wenn er „Halsgeben“ soll, dann kommt er über ein Ausweichen, über allgemeine Nebensarten nicht hinaus. Es ist alles so furchbar richtig, was er einem Ausfrager des „Quotidien“, einer Pariser antipoincaristischen Zeitung, erklärt: daß Frankreich mit seiner Ruhrpolitik, die die Hauptursache der gesamten wirtschaftlichen Notlage sei, auf die „höheren Interessen Europas“ keine Rücksicht genommen habe. Außerdem bedeute die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen des Ostens angedeihen lasse, geradezu ein Hintertreiben auf einen neuen Krieg. Denn das alles veranlasse seinerseits England, sich gleichfalls nach Völkerverständigung umzusehen und zu rufen.

Das ist ziemlich deutlich, ist aber vor einigen Tagen von Lloyd George weit deutlicher und schärfer gesagt worden. Und wenn Macdonald auf die Furcht englischer Kreise vor gewissen „industriellen Kombinationen“ hinweist, die gegen England gerichtet seien, so hat über diese wirtschaftspolitischen Konzentrationen- und Hegemoniegefühle mancher Vorgänger Macdonalds schon besorgt, aber — nichtsagende Worte gesprochen. Nichtsagende — weil es bei den

### Die Abreise der Sachverständigen.

Paris, 29. Jan. Der erste Sachverständigenausschuß ist gestern Abend nach Berlin abgereist. Im Verlaufe ihrer nahezu dreistündigen Sitzung haben die Sachverständigen gestern früh von 10—11 Uhr ein Arbeitsprogramm zu ihrem Berliner Aufenthalt entworfen und auch einen Fragebogen ausgearbeitet, der von Berlin beantwortet werden soll. Der Sachverständigenausschuß legt seine Tätigkeit auch während der Eisenbahnfahrt fort. Eine Reihe von Mitgliedern des zweiten Sachverständigenausschusses haben gleichfalls Paris gestern Abend verlassen. Die anderen Mitglieder brechen erst heute Abend auf. Der zweite Sachverständigenausschuß wird sich am Donnerstag in Berlin versammeln. Mac Kenna tritt seine Reise nach Berlin von London aus an.

### Die sachliche Debatte in der französischen Kammer.

Paris, 29. Jan. Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 325 gegen 152 Stimmen die Eröffnung der sachlichen Debatte über die einzelnen Regierungsvorschläge angenommen. Von drei Kommunisten und einem Sozialisten wurden Anträge auf Vertagung der Debatte eingebracht. Der kommunistische Abg. Levy ergriff das Wort, um seinen Antrag zu begründen, der aber von der weit überwältigenden Mehrheit abgelehnt wurde. Dann sprach der Kommunist Chahin. Er bemängelte die Vorschläge der Regierung und kam weiter ausführlich auf das Ruhrgebiet zu sprechen. Wir müssen auf eine Pressenpolitik verzichten und das Ruhrgebiet räumen, das uns nichts einbringt. Stimmen auf der Rechten: Das könnte Deutschland so passen! Der Antrag Chahin auf Vertagung wurde ebenfalls abgelehnt. Als dritter Redner meldete sich der Sozialist Renaud und beantragte gleichfalls Aufhebung der Debatte bis zur Aufstellung der amtlichen Statistiken des französischen Finanzministers. Der Redner führte aus: Der Patriotismus vieler sei nichts weiter als Geschäftserfahrung. Er behauptet sogar, daß die Franzosen 1914 den Krieg gewollt hätten. Diese Bemerkung brachte dem Redner Entrüstungsrufe von der Rechten ein. Renaud erklärte: Seine Partei werde sich mit aller Schärfe der Vorlage widersetzen, die an die Ansichten Mussolinis erinnere. Der Vertagungsantrag des Abgeordneten wurde ebenfalls abgelehnt. Schließlich meldet sich der Sozialist Roulet. Er erklärte: Das französische Volk werde nach der Abhaltung der Neuwahlen ebenfalls um seine Ansicht über die Finanzmaßnahmen gefragt werden müssen.

### Erik Drummond bei Macdonald.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 29. Jan. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Erik Drummond, ist gestern Abend in London eingetroffen, um mit Macdonald neue Völkerbundspläne der englischen Regierung zu besprechen.

### Große Faschistenversammlung! — Mussolini spricht!

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Rom, 29. Jan. Gestern Abend wurde die große faschistische Versammlung im Beisein vieler Minister, Abgeordneter usw. eröffnet. Mussolini ergriff das Wort zu seiner Rede, die er während des Wahlfeldzuges zu halten gedenkt.

worten dies und jetzt auch Macdonald alles von einer „Ausprache“ mit Frankreich erhob.

Er ist ja von vornherein auf ein falsches Gleis geschoben worden dadurch, daß man den Sachverständigen eine unübersteigbare Grenze ihrer Tätigkeit den Versailler Vertrag setzte. Das führt auch Macdonald, daß Frankreich infolge dessen ohne weiteres über alle Besitzungen, Beschlüsse und Wünsche dieser Kommissionen zur Tagesordnung übergeben, ihnen mit aller Ruhe entgegenarbeiten kann, wie es in der Kölner Eisenbahnfrage und in der zeitpolitischen Behandlung des besetzten Gebietes gerade jetzt geschieht. Vorsichtigerweise erklärt demgegenüber Macdonald, er werde bei einem Austausch von Streitpunkten mit Frankreich — verhandeln. Auch das ist eine falsche Vorgänger, jagen sich aber jedesmal wie Hatzfahnen den „Steinernen“ gegenüber zurück. Und Frankreich konnte spotten über die Grob-sprechererei der Bonar Law, Baldwin und Lord Curzon.

Daher, rühret nicht daran! Frankreich bezahlt seit fünf Jahren keinen Centimen seiner Summen ab, die es England gegenüber schuldet — und sät sich dabei außerordentlich wohl, benützt sie geradezu als Hebel dafür, um jeden Wunsch Englands auf Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen umzuwerfen. Macdonald muß auch hier sich sehr zurückhaltend und vorsichtig benehmen, weil er dem feuerüberlasteten England ein finanzielles Nachgeben in seinen Forderungen kaum zumuten kann. Eben

nur, wenn auch durch solches Nachgeben eine Vereinigung des Reparationsproblems erzielt werden kann. In diese zu willigen, redet Macdonald seinen Kollegen an der Seine nun eindringlich ins Herz.

Wenn es nur etwas näher würde! Frankreich soll sich eine wahre Sicherheit nach Osten hin dadurch schaffen, daß es in den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund willigt. Mit seiner Rhein-Ruhr-Politik erreicht es jedenfalls diesen Zweck einer Sicherung in seiner Weise, verzeihe vielmehr die Reime für alle möglichen Skala-mitäten in sich. Denn kein Volk lasse sich auf längere Zeit ungestraft in seinen Interessen schädigen oder in seinem Stolz erniedrigen. Und dagegen werde auch die härteste Nützung Frankreich nicht schätzen. Also: Völkerbund, Völkerbund, Völkerbund!

Poincaré freilich mag über den Völkerbund seine eigenen Gedanken im Busen hegen und zu der Ideologie dieser Institution die Lippe spöttisch lächelnd verziehen. Ebenso spöttisch mag er lächeln über etwaige Versuche, das Reparationsproblem vor diese Versammlung zu bringen. „J'y suis, j'y reste.“ „Hier bin ich und hier bleibe ich.“ kann er dem Völkerbund gegenüber ebenso erklären wie zu Englands Ministerpräsidenten. Und wenn dieser ausdrücklich die Billigung der separatistischen Regierung in der Pfalz ablehnt, wenn — dieses „wenn“ ist übrigens bezeichnend, ist ein Hintertürchen! — diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt sei, weil dadurch der Versailler Friedensvertrag verletzt werde, so ist ihm Poincaré in der Benutzung von Hintertüren erheblich überlegen. „Und folgst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“ ist ja schließlich immer seiner Politik letzter Schluß gewesen. Und hat damit alles erreicht, was er erstrebte, trotz Englands schöner Reden und dieser ersten Attade Macdonalds. Poincaré glaubt nur an eine Macht: die Schärfe des Schwertes. Macdonald hält das für einen verhängnisvollen Irrtum. Wirtschaftlich gesehen zweifellos mit Recht.

Aber noch nie haben Worte in der Welt Wirkungen ausgeübt, sondern immer nur Taten. Und was wir von der Konferenz, die Macdonald offenbar im Auge hat, um das Reparationsproblem vorwärts zu bringen, auch jetzt noch halten müssen, das ist nur die einfache Schlussfolgerung aus der gesamten Rhein-Ruhr-Politik Frankreichs.

### Ausprache Poincaré—Jaspar.

#### Fallenlassen der Pfalzverordnungen?

Für die Öffentlichkeit unvermutet traf der belgische Außenminister Dr. Jaspar Sonntag plötzlich in Paris ein und hatte eine längere Unterredung mit Poincaré. In den Blättern wird eine Menge Vermutungen über den Inhalt der Unterredung verbreitet, allgemein glaubt man behaupten zu können, die Ausprache sei von entscheidender Wichtigkeit gewesen. Von London aus soll nämlich die Nachricht eingegangen sein, daß mit einschneidenden Veränderungen in der diplomatischen Lage auf Grund einer aktiven Politik Macdonalds bereits innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu rechnen sei. Poincaré und Jaspar hätten unter diesen Umständen es für wichtig gehalten, eine gemeinsame Stellungnahme zu verabreden.

Swar seien keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden, doch hätten die beiden Regierungen, insbesondere Frankreich, sich zu einem ersten Zugeständnis an den englischen Standpunkt entschlossen in der Frage der autonomen Rheinpfalz-Bewegung. Die beiden Länder verzichten demnach auf die Ratifizierung der von der provisorischen Regierung in Speyer getroffenen Verfügungen. Allerdings bleibe den seit dem 10. November aus der Pfalz vertriebenen Beamten die Rückkehr vorläufig verweigert.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ soll Jaspar sich bei der Besprechung mit Poincaré erboten haben, nach London zu reisen, um mit Macdonald im Namen der Besatzungsmächte des Ruhrgebietes zu verhandeln. Poincaré soll, wie angenommen wird, diesen Schritt für unnötig gehalten haben. Andere Blätter wollen wissen, die Hauptsache sei das belgisch-französische Wirtschaftsbereinkommen gewesen. Amtlich wird nichts bekanntgegeben, daß aber das Verhältnis zu England besprochen worden ist, dürfte zweifellos sein.

### Ergößliches von der Freiheit.

Dresden, 28. Jan.

In einer Parteiversammlung der SPD. in Chemnitz wandte sich nach einem Vortrage des Abg. Hellisch, des früheren Ministerpräsidenten, der Abg. Caspar Schatz gegen die Annullierung in der Partei, die soweit ginge, daß die radikalen Leipziger Abgeordneten und Redakteure sofort nach ihrer Abstimmung für die Große Koalition die Kündigung ins Haus geschickt erhielten! — Der Abg. Franz teilte in derselben Versammlung mit, daß in Zwickau, Reichenbach und Plauen die alten und bewährten Abgeordneten der Partei bereits vor dem Parteitag abgesetzt hätten! — Redakteur Denisch von der „Chemnitzer Volksstimme“ erklärte in dieser Versammlung, daß in der „Volksstimme“ (in der er wie die Redakteure Böbel und Kleinreis niedergehalten werden) eine freie Meinungsäußerung nicht mehr möglich sei. Es gebe „keine Meinung, die nach Ansicht der „Volksstimme“ richtig wäre“, außer der Meinung, die die Leute haben, die uns bald als Kandidaten präsentiert werden! —